

Pressemitteilung

„Einnahmendeckel“ – das bedeutet Budgetierung durch die Hintertür“: bvvp warnt vor Versorgungsengpässen und politischem Druck auf die Selbstverwaltung

Berlin, 19. Februar 2026. Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten (bvvp) ist überzeugt: Bei der von Unions-Fraktionschef Jens Spahn als vermeintlich „einfachste Lösung“ der Ausgabenmisere der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) präsentierten Forderung, die GKV-Ausgaben künftig strikt an die Einnahmen zu binden, handelt es sich nicht um ein technisches Steuerungsinstrument, sondern um einen politischen Kurswechsel mit absehbar äußerst problematischen Folgen: weniger Versorgung, längere Wartezeiten, mehr Druck auf Praxen. Der bvvp weist den Vorstoß von Jens Spahn daher entschieden zurück.

Wenn Ausgabensteigerungen per Gesetz an die Einnahmen „gekoppelt“ würden, werde die Versorgungsrealität ausgeblendet, denn die Morbidität, der Behandlungsbedarf, die Personal- und Sachkosten stiegen nicht im Gleichschritt mit den beitragsabhängigen Einnahmen. Die dadurch zwingend entstehende Lücke werde durch Spahns Modell nicht einfach beseitigt, sondern der Mangel werde nur verteilt – und zwar auf die Kliniken, die Praxen und am Ende auf die Patientinnen und Patienten. Der Verband hebt hervor: Gerade die ambulante psychotherapeutische Versorgung ist personalintensiv, persönlich zu erbringen, streng zeitgebunden und nicht beliebig „effizienter“ zu machen, ohne dass die Qualität leidet und der so wichtige niedrigschwellige Zugang in Gefahr gerät. Ein Einnahmendeckel führe zwangsläufig zu Verteilungsdruck und hat Rationierung zur Folge.

„Das ist Budgetierung unter neuem Etikett. Wer Ausgaben gesetzlich an Einnahmen fesselt, verlagert das Morbiditätsrisiko auf die Vertragsärzt*innen und Vertragspsychotherapeut*innen. Im Ergebnis stehen nicht ‚gebremste Zuwächse‘, sondern reale Versorgungsengpässe. Und das vor allem dort, wo ohnehin schon Wartezeiten bestehen“, sagt Mathias Heinicke, Bundesvorsitzender des bvvp.

„Medizinische und psychotherapeutische Versorgung gehören zur Daseinsvorsorge. Wer den Finanzierungsrahmen hier politisch deckelt, organisiert willentlich Unterversorgung. Diese trifft Patient*innen aller Altersgruppen in Krisen, die dringend Hilfe benötigen“, ergänzt Ulrike Böker, Stellvertretende Bundesvorsitzende des bvvp.

VORSTAND

VORSITZENDER

Dipl.-Psych. Mag. rer. nat.
Mathias Heinicke,
Psychologischer Psychotherapeut

STELLV. VORSITZENDE

Dipl.-Psych. Ulrike Böker
Psychologische Psychotherapeutin

STELLV. VORSITZENDER

Dr. phil. Bernd Aschenbrenner
Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut

Dr. med. Bettina van Ackern
Dipl.-Psych. Rainer Cebulla
Martin van Ackern

Vorstandsbeauftragte
Ariadne Sartorius

KONTAKT

bvvp Bundesgeschäftsstelle
Württembergische Straße 31
10707 Berlin

Telefon 030 88725954
Telefax 030 88725953
bvvp@bvvp.de
www.bvvp.de

BANKVERBINDUNG

Berliner Volksbank eG
IBAN:
DE69100900002525400002
BIC: BEVODEBB

Gläubiger-ID
DE77ZZZ00000671763

Besonders problematisch sei der Zeitpunkt solcher Vorstöße. Kurz vor zentralen Beratungen der gemeinsamen Selbstverwaltung zur Honorierung der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung wirkten öffentliche Forderungen nach einer gesetzlichen Ausgabenbremse wie ein politisches Drucksignal.

„Wer unmittelbar vor Honorarentscheidungen das ‚Sparen‘ per gesetzlichem Deckel als Richtlinie setzt, nimmt Einfluss auf die Verhandlungen der Selbstverwaltung. Das engt faktisch deren Entscheidungsspielraum ein und verschiebt die Verantwortung für mögliche Versorgungsschäden nach unten – in die Praxen“, bilanziert der Vorsitzende.

Der bvvp fordert stattdessen:

1. Keine gesetzliche Ausgabenbremse, die Versorgungsbedarf und Morbiditätsentwicklung systematisch ignoriert.
2. Keine Honorareingriffe – weder offen noch verdeckt über Deckelung oder Umverteilung.
3. Respekt vor der ärztlich-psychotherapeutischen Selbstverwaltung. Keine politische Einflussnahme auf laufende Honorarentscheidungen.
4. Statt einseitiger Belastung der Praxen eine Finanzierungs- und Strukturdebatte unter Einbezug der Selbstverwaltung und der Praktiker.

Fazit:

Der Verband betont, er werde jede Maßnahme entschieden zurückweisen, die faktisch zu einer Re-Budgetierung der gesamten ambulanten Versorgung führt und damit auch den Zugang zur psychotherapeutischen Behandlung für Menschen mit psychischen Erkrankungen weiter verschlechtert.

*Der Bundesverband der Vertragspsychotherapeuten, bvvp, ist der Verband, der sich berufsgruppen- und verfahrensübergreifend für die Interessen aller Vertragspsychotherapeut*innen einsetzt. In ihm haben sich etwa 6.000 Ärztliche Psychotherapeut*innen, Psychologische Psychotherapeut*innen sowie Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*innen aller anerkannten Richtlinienverfahren zusammengeschlossen.*

Für den bvvp

Dipl.-Psych. Mag.rer.nat. Mathias Heinicke
Vorsitzender des bvvp-Bundesverbands,
Dipl.-Psych. Ulrike Böker
Stellvertretende Vorsitzende
des bvvp-Bundesverbands

Anfragen und Interviewwünsche bitte an:

bvvp Bundespressestelle
Anja Manz - Pressesprecherin
Württembergische Straße 31
10707 Berlin
Tel. + *49 30 88 72 59 54 / Mobil + *49 177 6575445
E-Mail: presse@bvvp.de